Herr Dziendziol machte darauf aufmerksam, dass im Ratsinformationssystem die Nachreichung mit den einzelnen Variantenoptionen nicht enthalten ist. Auch auf dem Postwege hätten ihn die Nachreichungen nicht erreicht. Er habe auf die Ratspost verzichtet.

Herr Quast stellte vorerst seine Wortmeldung zurück, sofern die Verwaltung zur Vorlage als solche etwas sagen wird.

Herr Gleß schickte voraus, dass er die Vorlage für umfassend und gut hält. Um die Beratungen zu erleichtern wurden die Konsequenzen der Optionen mit aufgeführt. Die Ergänzungen ergeben sich in zweierlei Hinsicht und zwar im monetären wie auch zeitlichen Bereich. Sie entscheiden welche Maßnahmen zusätzlich durchgeführt werden und ob ein zusätzlicher baulicher Aufwand zeitlich tolerierbar ist.

Es wurden 6 Optionen aufgeführt die mit einem Entscheidungsvorschlag zusätzlich unterlegt wurden. Bei Option 5 wird allerdings von der Verwaltung empfohlen, diese nicht umzusetzen. Alle übrigen Vorschläge wurden, unter Berücksichtigung eines funktionierenden Schulablaufs, erarbeitet und als realisierbar bewertet. Eine ähnliche Vorlage hat es schon einmal zum AEG(Albert-Einstein-Gymnasium) gegeben, deshalb empfahl Herr Gleß abschließend optionsweise vorzugehen und dann abzustimmen.

Herr Quast betonte im Namen der SPD-Fraktion, dass auch von ihnen die Vorlage als gut bewertet wird. Sie ermöglicht, sich mit den aufgeführten Optionen zu befassen und dies hat sich auch in einer anderen ähnlichen Beratung, wie z.B. beim RSG (Rhein-Sieg-Gymnasium) bewährt. Bis auf eine Option wird alles weitere für unkritisch bewertet und dem würde deshalb auch uneingeschränkt zugestimmt werden. Bei der Option 3 soll im Erdgeschoss bei drei Räumen mit je einem Fenster eine elektrische Verdunklung für 53.000 Euro angebracht werden. Hier wäre es wünschenswert alternative Verdunklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Frau Leitterstorf führt noch einmal aus, dass es eine Entscheidung über zwei Teile sein wird. Zum ersten ist über einen Kostenrahmen zu entscheiden, wie bereits schon einmal an anderer Stelle erfolgreich durchgeführt. Damit wurden gute Erfahrungen gemacht. Sie hatte damals bedenken, die Entscheidungsgewalt aus der Hand zu geben, aber wurde davon überzeugt, dass es zu einer Vielzahl von Beschlüssen innerhalb kürzester Zeit geführt hätte und die Politik an dieser Stelle überfordert gewesen wäre. Unter diesem Aspekt stellt sie ihre Bedenken zurück und wird dem Kostenrahmen zustimmen. Bezüglich der Option 3 schloss sie sich den Worten von Herrn Quast an, würde allerdings den Optionen 1-4 und 6 zustimmen und bei Option 5 der Empfehlung der Verwaltung folgen.

Herr Günther sprach sich dafür aus, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Allerdings wünscht er noch zusätzliche Information zur Option 3 und zwar ob es da nicht kostengünstigere Varianten geben würde. Hinsichtlich der Abstimmung sah er keine Notwendigkeit diese optionsweise durchzuführen.

Auch Herr Janßen äußerte ebenfalls seine Absicht der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen. Er wünschte aber auch, in Anlehnung an die Wortmeldung von Herrn Quast, über kostengünstigere Alternativen informiert zu werden.

Herr Dziendziol fragte zu Option 6, ob und inwieweit die EVG (Energieversorgungsgesellschaft) mit eingebunden sei.

Herr Bierschenk zeigte Verständnis, dass auch im Minimalkonzept eine Ertüchtigung gem. EnEV(Energie-Einspar-Verordnung) nicht ausbleiben könne. Er wünschte zu erfahren, von welchen Energieeinsparungen man nach der Dämmung ausgehen könne.

Herr Rainer Schmitz erläuterte zu Option 3, dass mit der neuen EnEV extrem hohe Anforderungen für den Gebäudebereich bestehen. Es ist nicht nur dass das Gebäude vor schwindender Wäre von innen nach außen geschützt werden muss, sondern auch dass es von außen im Sommer vor extremer Sonneneinwirkung geschützt ist. Dies ist immer nur mit einem außenliegenden Sonnenschutz möglich. Ein innenliegender Sonnenschutz oder eine andere Verdunklung ist nicht ausreichend. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass die drei dort vorhandenen Türen als Fluchtwege freibleiben müssen. Alternative Verdunkelungen wie z.B. klassische Rollläden oder ein Lamellenvorhang bzw. Raffrollos würden im Ernstfall das Verlassen der Räume erschweren.

Die vorgesehenen Türen sind feststehende Elemente und bereits verdunkelt. Es war nur noch für die Verdunklung der Fensterflächen zu sorgen, damit die Nutzung eines Beamers möglich gemacht werden kann. Die Möglichkeit eines innenliegenden Sonnenschutzes für die Beamer-Nutzung scheidet komplett aus, weil dadurch die Sonne eintreten kann und den Raum entsprechend aufheizt. Bei dem außenliegenden Sonnenschutz gab es zwei Ausführungskonzeptionen; zum einen den elektrischen Antrieb oder einen Handkurbelantrieb. Für die schulfachliche Nutzung ist der Handkurbelbetrieb nicht effizient. Zumal es sich um eine Fläche von 25 Laufmeter handelt.

Herrn Quast war aber nach diesen Ausführungen jedoch immer noch nicht klar, was eine Energieersparnisregelung mit einer Vollverdunklung zu tun hat und was nun tatsächlich zu veranlassen ist.

Hierzu führte Herr Rainer Schmitz weiter aus, dass es bei den Lamellenrollos zweierlei Ausführungen gibt. Eine davon lässt keine Vollverdunklung zu, d.h. sie schließen nicht dicht ab. Andere Lamellen haben eine Zusatzgummidichtung, damit sie vollständig schließen und kein Licht mehr in den Raum hineinlassen. In allen anderen Bereichen ist eine Verdunkelung vorgesehen, die das Sonnenlicht abhält, aber immer noch Lichteinfall möglich ist.

Durch die Beamer-Nutzung in diesen Räumlichkeiten ist nur eine Vollverdunklung mit diesen speziellen Lamellen möglich.

Herr Weiser merkte zu Option 6, zur Photovoltaikanlage (PV-Anlage) an, dass die EVG an verschiedenen Stellen in der Stadt schon PV-Anlagen errichtet hat und speist den dort erzeugten Strom ins Netz ein.

Diese PV-Anlage soll geschaffen wurden um das Gebäude selbst zu versorgen. Natürlich wird Kontakt mit der EVG aufgenommen, um sich deren Erfahrungen zunutze zu machen. Sollte die EVG auch an der Fertigstellung der Anlage interessiert sein, ist die Verwaltung gesprächsbereit. Es ist keine Dachanlage wie sie üblicherweise von der

EVG installiert wird, sondern liegt im Gebäude.

Herr Rainer Schmitz ergänzte zur PV-Anlage, dass bei Errichtung zur Eigennutzung kommt die Verwaltung den Anforderungen der EnEV nach, damit eine entsprechende Genehmigungsfähigkeit des Gebäudes gesichert ist. Dabei wird die Verwaltung von der EVG aktiv unterstützt.

Hinsichtlich der Energieersparnis verglich Herr Rainer Schmitz zwischen reiner Dämmung und Installation einer Lüftungsanlage. Um die Auflagen der EnEV zu erfüllen, ist es kaum noch denkbar ein Gebäude ohne kontrollierte Wohnraumlüftung zu errichten. Zumal diese auch wichtig ist, um auf das Klima in den Unterrichtsräumen Einfluss zu nehmen. Dies wird auch durch das BNU (Büro für Natur und Umwelt) und verschiedene Studien belegt, den Sauerstoffgehalt so zu halten, dass keine Erschöpfungs- bzw. Ermüdungserscheinungen auftreten.

Herr B. Müller regte danach an, nachdem keinerlei Fragen mehr auftraten, über den dreiteiligen Beschluss abzustimmen. Auf Zuruf von Frau Leitterstorf wurde der Betrag für die optionalen Vorschläge (1-4 und 6) auf 126.900 EUR beziffert und so protokolliert.

Die Übersicht der Optionen im Rahmen der Sanierungsmaßnahme und den sich, durch Beschluss des Ausschusses, ergebenden Änderungen sind als **Anlage -2-** der Niederschrift beigelegt.